

Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung

Sport-Zeitung

Film-Zeitung

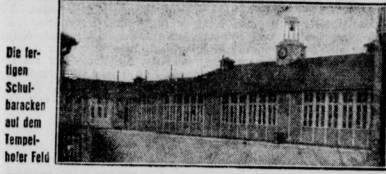
Haus u. Garten-Ztg.

Techn.-Zeitung

Witzblatt „ULK“



2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Schulstreik-Radau in Neukölln / Attentat im Pariser Justizpalast / Hochzeitspaar vermisst

Sie liegen sich in den Haaren

Die mehr oder weniger lieblosen Wortwechsel über Herrn Hugenbergs Unfall gehen in der Presse weiter. Der „Lokalanzeiger“ zieht es allerdings jetzt vor, sich wieder der breitesten Ausmalung von Familienrägöden zu widmen, um inzwischen Vergessen über seines Herrn und Meisters politischen Unglücksfall — wachsen zu lassen. Die anderen aber schreiben Hugenberg allerhand kräftige Wahrheiten ins Stammbuch.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wendet sich gegen eine Darstellung der „Mitteilungen der Deutschnationalen Partei“, wonach Schiele's Eintritt ins Kabinett ohne Hugenbergs grossartiger Unfall für die Landwirtschaft wertlos gewesen wäre: Das Agrarierblatt hält sich zu der Feststellung verpflichtet, dass diese Darstellung von Grund auf falsch sei.

„In Wirklichkeit hat Herr Minister Schiele sich über Umfang und Tempo der Massnahmen zur Rettung der Landwirtschaft und des Ostens vom Reichskanzler durchaus hinreichende Sicherheiten verschafft, ehe er sich entschloss, die Leitung des Reichsernährungsministeriums zu übernehmen. Eines äusseren Druckes hat es also für den Entschluss des Kabinetts, diese Massnahmen so bald wie möglich, und zugleich in genügendem Umfang, vorzulegen, in keiner Weise bedurft. Und die Behauptung, man hätte ein „Spiel“ durchkreuzen müssen, ist eine völlig haltlose Unterstellung.“

Dieses schon ganz deutliche Töndchen wird von den „Landvolk-Nachrichten“ noch erheblich übertroffen. Da heisst es:

„Wir stellen fest, dass Hugenberg in der letzten Fraktions-sitzung seiner Partei völlig umgefallen ist. Er hat seinen Kurs, der darauf hinauslief, das neue Kabinett sofort zu stürzen und Neuwahlen herbeizuführen, nicht durchführen können. Die vereinigte Kraft des gesamten Landvolkes hat ihn zur Kapitulation gezwungen.“

Das ist erfrischend eindeutig. Wenn Herr Hugenberg trotzdem noch glauben sollte, sein Renommee sei nicht ramponiert worden, so kann er die „Germania“ nachlesen. Sie attestiert in Erwidrung auf einen Vorwurf Dr. Breitscheids, dass Reichskanzler Brüning Hugenbergs Angriffe hätte zurückweisen sollen: so viel sei Hugenberg gar nicht mehr wert! Sie ist der Meinung, „dass, wenn Dr. Brüning auf die Rede des Herrn Hugenberg irgend etwas unternommen hätte, er dieser Rede eine Bedeutung gegeben hätte, die ihr wirklich nicht zugekommen ist. Das Schweigen des Kanzlers war die beste Antwort auf den verzweifelten Versuch des deutschnationalen Parteiführers, sich mit vielen heftigen Worten über eine Situation hinwegzuhelfen, in der er selbst der Unterlegene und Geschlagene war. Die Haltung des Kanzlers entsprach durchaus der Würde des Kabinetts; sie bewies, dass der Politiker Brüning so viel Achtung vor sich selber hatte, dass ihn Hugenbergs Fanfaren kalt liessen. Keine Antwort ist auch eine Antwort!“

Das ist eine immerhin ziemlich gehässige Quittung für Hugenbergs Abstimmungshilfe. Noch grausamer ist Hugenbergs allertraueste Garde, die Nazis: Hitler wendet sich empört von dem bisherigen Kampfgenossen und sagt dem Reichsausschuss, der auch nach dem Scheitern des Volksbegehrens fortbestehen sollte, für die Nationalsozialisten die Gefolgschaft auf. Der Reichsausschuss, so dekretiert Hitler, hat damit zu bestehen aufgehört. Diese Entschliessung der Nationalsozialisten wird in ihrem Berliner Organ unter der Überschrift bekanntgegeben: „Auf Grund des schamlosen Unfalles der Deutschnationalen...“, und in dem begleitenden Text heisst es neben anderen Liebenswürdigkeiten, so wie diese Leuchte der nationalen Opposition, so sei noch nie seit Menschen-gedenken (24. August 1924 ausgenommen) ein Mann mit derartig hörbarem Knall umgefallen.“

Brüning hält an der Biersteuer fest!

Klarheit über das ganze Finanzprogramm bis Mittwoch

Das Reichskabinett befasste sich in seiner gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Sitzung mit den inzwischen vom Reichsrat verabschiedeten beiden Gesetzesvorlagen betreffend „Vorbereitung der Finanzreform“ und „Uebergangsregelung des Finanzausgleichs“. Beide Vorlagen gehen sofort dem Reichstag zu, so dass ihre erste Lesung bereits am kommenden Dienstag stattfinden kann. Das Reichskabinett erörterte sodann das weitere Vorgehen im Steueraususschuss des Reichstags, dessen Beratungen mit grösster Beschleunigung zu Ende geführt werden müssen. An dem Vorschlag der 75-prozentigen Biersteuererhöhung hält die Reichsregierung fest.

Das Festhalten an der ursprünglichen Biersteuer beweist, dass Herr Dr. Brüning und sein Kabinett nicht gewillt sind, den Bayern eine Extrawurst zu braten. Damit erledigt sich wohl auch der wunderliche Vorschlag der Wirtschaftspartei, an Stelle des Ausfalls bei der Biersteuer die Umsatzsteuer zu erhöhen und eine Staffellung

für grosse Betriebe im Einzelhandel, also für die Warenhäuser vorzunehmen. Bekanntlich hat sich bei der früheren preussischen Warenhaussteuer gezeigt, dass diese dem Mittelstand nicht einen Deut hilft, weil sie auf die Fabrikanten und von diesen auf die Heimarbeiter abgewälzt wird.

Es besteht bei der Regierung die Absicht, bis spätestens Mitte der nächsten Woche vom Reichstag Klarheit darüber zu verlangen, ob er das Finanzprogramm der Regierung unter Umständen mit unwesentlichen Aenderungen annimmt und vor Ostern erledigen will.

In Regierungskreisen wird erwogen, eine einheitliche Stellungnahme des Reichstags dadurch herbeizuführen, dass sämtliche Regierungsvorlagen in einem Rahmengesetz zusammengefasst werden. Fällt die Antwort der Parteien vereineind aus, so dürfte die Regierung die Bemühungen aufgeben, mit dem jetzigen Reichstag Reformen durchzusetzen. Sie würde in diesem Fall aber die Entscheidung der Wähler nicht nur über die Frage der Sanierung der Finanzen, sondern über ihr Gesamtprogramm anrufen.

Beamtenfeind Frick Protest-Kundgebung des Deutschen Beamtenbundes

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hielt im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrats eine Sitzung ab, an der auch eine Reihe von Parlamentariern des Reichstags und des preussischen Landtags teilnahmen. Nach Referaten über die beamtenpolitische Lage und über aktuelle Beamtenrechtsfragen nahm der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes eine Entschliessung an, in der die Notwendigkeit von Massnahmen zur Herabminderung der öffentlichen Ausgaben anerkannt wird. Es heisst dann w. H.: „Es darf indessen nicht, wie es zurzeit in Thüringen geschieht, zu Massnahmen gegriffen werden, die eine

offenbare Verletzung der verfassungsmässigen Rechte der Beamten

darstellen. Der Deutsche Beamtenbund wird die Thüringer Beamenschaft, wie auch die Beamenschaft der übrigen Länder, in ihrem Kampfe gegen unsachlichen und schematischen Abbau in jeder Weise unterstützen.“

Die Vorgänge in Thüringen, in Hessen und in anderen Ländern veranlassen den Deutschen Beamtenbund, die verantwortlichen Stellen auch davor zu warnen, den Versuch zu unternehmen, durch Drosselung der notwendigsten Kulturausgaben Ersparnisse zu erzielen. Der Deutsche Beamtenbund stellt sich in dieser Beziehung mit Entschiedenheit hinter die Entschliessungen, die von der ihm angeschlossenen Lehrerschaft gegen den beabsichtigten Schul- und Lehrerbau gefasst worden sind.“

In einer weiteren Entschliessung wird dem Bedauern Ausdruck gegeben, dass bisher die Neuregelung der Beamten-gesetzgebung nicht gefördert wurde.

Der thüringische Volksbildungsminister Dr. Frick hat 100 Junglehrern zum 30. Juni die Kündigung zugesandt. „Infolge notwendiger Sparmassnahmen“, heisst es wie üblich. Was aus den Junglehrern wird, kümmert Herrn Frick wenig.

Neue Sündenböcke

Die kommunistische Oppositionspresse berichtet, dass der bisherige Leiter der K. P. D.-Gewerkschaftszentrale, der Landtagsabgeordnete Merker, wegen der Rückschläge der Kommunisten bei den Betriebs- und Gewerkschaftswahlen in Moskau in Ungnade gefallen und seines Postens enthoben worden sei. Das gleiche Schicksal betraf den bisherigen Chefredaktor der „Roten Fahne“, Werner Hirsch. Das Mitglied des dreiköpfigen Politbureaus, der Reichstagsabgeordnete Remmele, der ebenfalls schon auf der Abbauliste gestanden habe, hätte sich im letzten Moment durch einen Artikel in der theoretischen Zeitschrift der K. P. D. gerettet, der die bisherige Putschpolitik abschwor. Wie die „Rote Fahne“ meldet, haben die kaltgestellten Sekretäre um Merker eine organisatorische Zentralfstelle geschaffen, die „fraktionell geleitete parteifeindliche Vorstösse“ unternahme. Es werde mit dem Hinzuwurf dieser neuesten „Parteifeinde“ gedroht.

Schnelldienst

Königin Victoria von Schweden starb gestern um 10 Uhr in Rom an Herzlähmung.
Der Generalsekretär im französischen Auswärtigen Ministerium, Philippe Berthelot, erlitt einen Anfall, blieb aber unverletzt.
In Budapest veranstalteten Arbeitshilfspräsidenten Dr. Schabat zur Idee eine Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude.